gabe der Kassenzulassung "auf breiter Front" – mit dem Ziel eines Systems auf der Basis von Direktabrechnung mit dem Patienten und Kostenerstattung durch die Versicherungen. Grauduszus: "Das Sachleistungssytem stirbt, wir werden nur im freien Wettbewerb überleben können." Sein Motto: "Aus Protest wird Widerstand."

"Entgegen aller Unkenrufe sind die Hausärzte heute hier auf diesem Platz", sagte Dr. Dieter Bachmann, stellvertretender Landesvorsitzender des Hausärzteverbandes Berlin-Brandenburg. Im Vorfeld hatte sich der Bundesverband vom Protesttag distanziert (siehe auch Beitrag "Deutscher Hausärzteverband" rechts). Die Hausärzte sind laut Bachmann nicht mehr bereit, die Politik der Großen Koalition mit Verständnis und Abwarten zu begleiten. Die jahrelangen Versprechungen, die hausärztliche Versorgung zu stärken, seien nicht eingehalten worden. Bachmann äußerte seine "tiefe Sorge" hinsichtlich der Patientenversorgung und der Existenz der Hausarztpraxen, er verlangte "ultimativ konkrete Zusagen" von der Regierung. Bachmann: "Es kann nicht sein, dass wir für 15 Euro im Monat unsere multimorbiden Patienten betreuen. Es kann nicht sein, dass die Verwaltungskosten der Krankenkassen genauso hoch sind wie das hausärztliche Honorar im gesamten Bundesgebiet." Der berlinbrandenburgische Landesvorsitzende bekräftigte die Forderung des Deutschen Hausärztetages, der am Vortag in Potsdam stattgefunden hatte, nach einer Vergütungspauschale von 75 Euro pro Patient und Quartal.

Die Gemeinsamkeit der Ärzteschaft im Kampf gegen die Gesundheitsreform beschwor Dr. Frank Ulrich Mont-



Die Ärzteschaft bleibt in Bewegung. Auftaktkundgebung zum vierten Protesttag der niedergelassenen Ärzte innerhalb eines knappen Jahres auf dem Berliner Gendarmenmarkt. Foto: uma

gomery, der Vorsitzende der Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB). Er bedankte sich für die Solidarität der niedergelassenen Ärzte mit den beiden erfolgreichen Streiks der Klinikärzte: "Das haben wir zusammen geschafft." Der Bundesregierung warf er vor, der Bevölkerung nicht die Wahrheit zu sagen. Statt wie behauptet mehr Wettbewerb werde die geplante Reform weniger Wettbewerb zulassen. Die Budgetierung werde fortgesetzt, die Privatversicherung geschwächt statt gestärkt. An die Adresse der Bundesgesundheitsministerin sagte der MB-Vorsitzende: "Es ist schändlich, dass ihr das so egal ist."

DEUTSCHER HAUSÄRZTEVERBAND

"Warnsignal" und Distanz zur Demo

Deutsche Hausärzteverband zu Praxisschließungen als "Warnsignal" an die Politik auf, der Bundesverband hielt aber Distanz zur Protestkundgebung. Den Landesverbänden blieb eine eigene Entscheidung vorbehalten. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Gendarmenmarkt sprach Dr. Dieter Bachmann, stellvertretender Landesvorsitzender des Hausärzteverbandes BerlinBrandenburg (siehe auch Spalte links) und verlangte für die Hausärzte "hier und heute ultimativ konkrete Zusagen" zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung.

Einige Forderungen des Hausärzteverbandes seien im Arbeitsentwurf zur Gesundheitsreform umgesetzt, schrieb der Bundesvorsitzende des Hausärzteverbandes. Rainer Kötzle, in einem Rundbrief im Vorfeld der Demo. Dem wichtigsten Ziel einer Euro-Gebührenordnung nähere sich der Entwurf an, ohne aber die Budgetierung aufzuheben. Das geplante Honorarsystem nannte der Verbandsvorsitzende kompliziert und intransparent. Andere Forderungen wie das "Selbstbestimmungsrecht der Hausärzte" seien ebenfalls nicht realisiert. Der Hausärzteverband führe seit Jahren einen "konstruktiven Dialog" mit der Politik, so Kötzle weiter: "Als einzige ärztliche Organisation haben wir ein umsetzungsfähiges Reformkonzept vorgelegt." Dieser Dialog werde fortgeführt. "Gerade in schwierigen Zeiten sind realisierbare Ziele nicht durch realitätsfernen Populismus mancher Verbände und Körperschaften, sondern nur durch konsequente Politik zu erreichen", so begründet Kötzle die Distanz zur Demo. Eine Vergütung der hausärztlichen Leistungen "nach Kassenlage" werde der Hausärzteverband aber nicht mehr hinnehmen. Kötzle rief die Hausärzte dazu auf, am Protesttag mit den Patienten, den regionalen Bundestagsvertretern und der Presse über ihre berechtigten Forderungen zu diskutieren. uma